

Der sächsische Erzähler,

Zageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Agl. Amtshauptmannschaft, der Agl. Schulinspektion und des Agl. Hauptzollamtes zu Baugen, sowie des Agl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Verleger Nr. 22.

Sechshundertachtzigster Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.

Bestellen kann man jeden Montag Abend für den folgenden Tag. Der Abonnementspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen für die Zeit vom 1. d. M. 1910 bis zum 31. d. M. 1911 1.00 M., bei halbjähriger Bestellung 0.50 M., bei vierteljährlicher Bestellung 0.25 M. Einmalige Bestellungen 10 Pf.

Bestellungen werden angenommen für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle, Markt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6687. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserte, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, spätere und komplizierte Inserate tags vorher. Die vierspaltige Kopfzeile 13 M., die Restzeile 30 M. Geringster Insertatsbetrag 40 M. Für Kinderstättung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Die Registrationsmarke für Ortspolizeibehörden Nr. 114 ist abhanden gekommen.

Zur Verhütung von Mißbrauch ist diese Marke von dem Finder hierher abzugeben.

Baugen, am 23. November 1910.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Die Versteigerung des großen Bürgersteiges für den kommenden Winter soll nächsten Montag, den 28. November d. J., vormittags 10 Uhr, öffentlich versteigert werden.

Erstehungslustige wollen sich zu gedachter Zeit in hiesiger Rammerei-Lasse einfinden.

Stadtrat Bischofswerda, am 25. November 1910.

Ortskrankenkasse Nammenau.

General-Versammlung

Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 1/4 4 Uhr, im hiesigen Erbgericht.

Tages-Ordnung.

1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes seitens der Arbeitgeber.
2. Wahl zweier Vorstandsmitglieder seitens der Arbeitnehmer.
3. Wahl dreier Rechnungsrevisoren.
4. Wahl der Kassendärzte.
5. Kassengeschäftliches.

Hierzu werden alle stimmberechtigten Kassensmitglieder, sowie deren Arbeitgeber eingeladen.

Schluß der Einzeichnungsliste 4 Uhr.

Nammenau, den 24. November 1910.

Der Kassenvorstand.
Rudolf Kunath, Vorsitzender.

Das Neueste vom Tage.

Im Reichstag wurde gestern die Fleischnotdebatte fortgesetzt. Der freisinnige Abgeordnete Wiemer plaidierte u. a. für die schrittweise Herabsetzung aller Zölle. Für die Viehzüchter- und Schutzvereine sprachen die Redner der Konservativen, Reformen, Reichspartei und National-Liberalen. (Siehe Artikel.)

In Petersburg fand gestern nachmittag eine Militär-Demonstration der Studentenschaft statt. Infolge Einschreitens von Polizei und Militär ist die Kundgebung mißlungen. (Siehe Ausland.)

In Lissabon fanden gegen die provisorische Regierung gerichtete Kundgebungen statt. (Siehe Portugal.)

Bei der Meuterei der brasilianischen Kriegsmarine wurden ein Kapitän und drei Offiziere getötet. Die Truppen der Armee und die gesamten Polizeimannschaften erhielten den Befehl, sich marschbereit zu halten. (Siehe Sonderbericht und Letzte Depeschen.)

Fortsetzung der Fleischnotdebatte im Deutschen Reichstag.

Donnerstag nachmittag wurde die Besprechung über die Fleischnot-Interpellationen fortgesetzt. Als Erster sprach der Hauptredner der Freisinnigen Volkspartei (Freisinn) Dr. Wiemer und zwar recht pathetisch. Als Beweis für die Fleischnoterregung ließ er sogar die bekannten Worte, die der König von Sachsen in Billung zu

einer Deputation der Fleischerinnung gesprochen haben soll, aufmarschieren und behauptete weiter, daß die Fleischnot eine bewußt gewollte Folge unserer herrschenden Wirtschaftspolitik sei. Dann ging er auf die Frage der Zölle im allgemeinen ein und erklärte kühn nach dem Vorbild der Freihändler in England, daß die deutsche Fortschrittspartei keine Manchesterpartei sei, die plötzlich sämtliche Zölle aufheben wolle. In Frage könne vielmehr ein schrittweises und allmähliches Herabsetzen der Zölle kommen, und zwar nicht nur der landwirtschaftlichen, sondern auch der Industriezölle. Dann hielt er dem Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück vor, daß er als Oberbürgermeister in Danzig vor einigen Jahren auf dem Städtetag sich über die Frage ganz anders geäußert hätte; aber schließlich habe sich ja auch Herr Riquel vom Bürgermeister einer freien Stadt zum Protektor und Liebling der Agrarier verwandelt. Für den Schutz der deutschen Viehzucht gegen Verseuchung träten auch seine Freunde ein, aber der Seuchenschutz dürfe nicht zum Vorwand genommen werden für die Deckung der Preistreiberereien. Großmütig erkannte er zum Schluß an, daß auch der Großgrundbesitz seine Abbe habe, daß aber doch die Junkerpolitik in eine Bauernpolitik geändert werden müsse.

Nach ihm sprach der nationalliberale Abg. Dr. Baasche, welcher erstlichweise eine gesunde Auffassung zeigte wie sein linksliberaler Kollege Wiemer. Dr. Baasche erklärte, daß seine Partei einer weiteren Öffnung der Grenze nicht zustimme und daß kein Grund vorliege, von unserer bewährten Wirtschaftspolitik abzuweichen.

Eine wirksame Erwiderung des sozialdemokratischen Interpellationsredner Emmel, wie auch des Freisinnigen Wiemer gab Freiherr

von Gamp von der Reichspartei. Er führte u. a. folgendes aus: Kein Stand hat sich in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen in den letzten Jahrzehnten so wesentlich gehoben wie der Arbeiterstand. Ich weise deshalb den Vorwurf, daß die Landwirtschaft ihre Arbeiter schlecht lohne, zurück. Herr Emmel, Sie haben keine Ahnung, wie die Verhältnisse in der Landwirtschaft liegen. Herr Emmel berief sich auf eine Äußerung eines Professors, daß bei einem Maximalzoll von 750 M für Getreide um soviel die Lebenshaltung verteuert werde. Wir haben aber nie einen Zoll von 750 M gehabt, wir haben jetzt so minimale Kornpreise, daß wir an der äußersten Grenze der Produktionsfähigkeit angelangt sind. Herr Emmel hatte wohl das Konzept von einer anderen Rede, die er 1906 als zweiter Redner seiner Fraktion hat halten wollen, benützt. (Große Heiterkeit.) Daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wie fast aller Erzeugnisse, in die Höhe gehen, liegt in allgemeinen wirtschaftlichen Gesetzen begründet. Man kann überhaupt nicht von einem Durchschnittspreis sprechen, denn jeder Ort fast hat seine eigenen Preise. Die Arbeiterbevölkerung und die kleineren Beamten, die sich ihr Schwein selbst mästen, werden durch die Teuerung gar nicht berührt. Die größeren Städte haben natürlich infolge der Transportkosten und der Schlachthofgebühren höhere Preise. Der Abg. Wiemer hat auch heute wieder von dem Fideikommiß-Stempel gesprochen. Ich halte es durchaus für notwendig, daß wir sehr bald ein Fideikommiß-Gesetz bekommen, durch das die bestehenden Auswüchse und Mängel beseitigt werden. Darin hat mir Herr Wiemer ganz aus der Seele gesprochen, daß er sich für eine Vermehrung der Ansiedlungen der kleinen Leute, der Arbeiter und